

Reform der Pensionskasse. Korrigieren!

Die SP60+ des Kantons Freiburg verlangt ein stärkeres Engagement des Staates

Der Staatsrat will die Reform der kantonalen Pensionskasse auf dem Rücken des Personals austragen. So nicht, meint die SP60+ des Kantons Freiburg. Sie fordert, dass die Modalitäten der Sanierung sorgfältig geprüft werden und der Beitrag des Kantons erheblich erhöht wird. Der Grosse Rat ist aufgefordert die notwendigen Korrekturen vorzunehmen.

Der Vorschlag des Staatsrates zur Sanierung der kantonalen Pensionskasse liegt gegenwärtig beim Grossen Rat. Im Vergleich zu den bisherigen Vorsorgeleistungen sehen die Modalitäten für die rund 20'000 Angestellten des Kantons – und ihre Familien -- einschneidende finanzielle Einbussen vor. Frühpensionierungen sind kaum mehr möglich und die Erhöhung der Beitragssätze bedeutet real eine Lohneinbusse.

Primatwechsel sorgfältig prüfen. Kernstück der Reform ist der Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat. Damit werden die Versicherten grundsätzlich schlechter gestellt. Sie tragen zukünftig allein das Anlagerisiko, obschon sie als Einzelpersonen darüber nicht entscheiden können. Der Arbeitgeber – der Staat –, der beim Leistungsprimat das Risiko mitträgt, wird aus der Verantwortung entlassen. Die Begründung des Staatsrates für den Wechsel ist nicht überzeugend. Für ihn ist die bessere Steuerung von Finanzlage und Deckungsgrad ein wichtiges Argument. Dass er dabei den Wegfall von Solidarität explizit als Vorteil des Beitragsprimat anführt, wirkt eher befremdend. Eine solche Wild-West-Kultur ist einer Kantonsregierung unwürdig.

Die SP60+ ruft in Erinnerung, dass die primäre Aufgabe des Vorsorgesystems die Sicherung einer würdevollen und selbstbestimmten Existenz (Bundesverfassung) nach rund 40 Jahren im Dienst des Staates und der Gesellschaft ist. Und nicht die sogenannte optimale Steuerung über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Sie fordert deshalb den Grossen Rat auf, die Notwendigkeit und den Sinn des Primatwechsels aus der Perspektive der Betroffenen sorgfältig zu prüfen.

Stärkeres Engagement des Staates. Die Angestellten des Staates sind nicht verantwortlich für die aktuelle Lage der Pensionskasse. Sie sollen aber im Wesentlichen die Suppe auslöffeln. Auch mit den Kompensations- und Übergangsmassnahmen von 380 Mio Franken sind die vorgesehenen Rentenkürzungen massiv; gerade für mittlere und kleine Einkommen, wo jeder Franken zählt. Das ist kaum verständlich, nachdem der Kanton Freiburg im letzten Jahr den Steuersatz für Unternehmen um rund die Hälfte gekürzt hat, weitere Steuersenkungen vorbereitet und Reserven in Milliardenhöhe hortet. Die SP60+ erwartet hier vom Grossen Rat wesentliche Korrekturmassnahmen. Eine Verdoppelung des Beitrages des Staates ist angemessen.

Keine Drohungen. Der Staatsrat droht, bei Ablehnung der Vorlage seien noch wesentlich härtere Massnahmen durch den Vorstand der Pensionskasse zu erwarten. Die SP60+ erachtet eine solche Drohung als deplatziert. Sie erwartet von den wichtigsten politischen Organen des Staates, dass sie in der Lage sind, auch bei einer allfälligen Ablehnung der Vorlage verantwortungsvolle Strategien im Interesse der Betroffenen zu entwickeln.